

Agricultura – ein Ort „hegemonialer Männlichkeit“: von Strategien zur geschlechterdemokratischen Öffnung des Agrarsektors

Agricultura – a place of “hegemonic masculinity” – strategies for more gender-democracy in the agricultural sector

Theresia OEDL-WIESER

Zusammenfassung

Die Geschlechterverhältnisse wie auch die gesellschaftlichen Ideale sind in Bewegung gekommen. Allerdings zeigen diese Veränderungen unterschiedliche Dynamiken und Intensitäten im Raum. Frauen sind bis heute in allen räumlichen Ebenen der institutionellen Politik noch deutlich unterrepräsentiert. Besonders auf lokaler und regionaler Ebene ist die männliche Dominanz in der politischen Öffentlichkeit ungebrochen. Im Folgenden werden die Gründe für die weitgehende Absenz von Frauen in agrarpolitischen Gremien und Führungspositionen analysiert und die Ergebnisse einer Befragung politisch aktiver Frauen im Bereich der Agrarpolitik und der ländlichen Entwicklungspolitik vorgestellt. Abschließend werden Strategien zur geschlechterdemokratischen Öffnung des Agrarsektors diskutiert.

Schlagerworte: Frauen, Politik, Gender Mainstreaming, ländliche Entwicklungspolitik, Repräsentation

Summary

The gender relations and the societal values in Austria are in motion. These changes in society have different dynamics and intensities in space. Women are until now underrepresented in most political institutions and bodies at all spatial levels. Especially at local and regional level a male dominance in the public sphere can be observed. In the following the reasons for the low participation of women in the

field of agricultural policy and rural development policy will be analysed and the results of a survey among political engaged women will be presented. Finally strategies for more gender-democracy in rural areas will be discussed.

Keywords: women, politics, gender mainstreaming, rural development policy, representation

1. Ländlicher Raum – Geschlecht – Partizipation

Ländliche Räume sind vielfältig strukturierte Standorte mit unterschiedlichen räumlichen Bedingungen und verfügen daher auch über differierende Entwicklungsmöglichkeiten. Rund 77 % der österreichischen Bevölkerung leben in Regionen mit ländlichen Siedlungsstrukturen und entsprechend unterschiedlich gestalten sich auch die Lebenslagen und Entwicklungsperspektiven für Frauen und Männer. Aber nicht nur die räumlichen Bedingungen beeinflussen die Lebens- und Aufenthaltsqualität in ländlichen Räumen sondern auch die Geschlechterverhältnisse in unserer Gesellschaft. Zwar sind die Geschlechterverhältnisse wie auch die gesellschaftlichen Ideale in Bewegung gekommen, doch wirken diese Veränderungen mit unterschiedlicher räumlicher Dynamik und Intensität etwa in Abhängigkeit vom Alter oder vom Lebensort. Aufgrund dieser Entwicklungen ist es durchaus realistisch, dass das räumlich differenzierte Bild der soziokulturellen Wertigkeiten und Verhaltensformen auch geschlechterspezifische Potenzial- und Problemräume entstehen lässt, Orte also, wo Gleichstellung mehr oder weniger lebbar wird.

1.1 Bedeutung der Ressourcenverteilung für die Mitbestimmung der Frauen in ländlichen Regionen

Die Entwicklung von ländlichen Regionen und die Planung von räumlichen Strukturen sind immer Ausdruck und das Ergebnis von Machtverhältnissen in einer Gesellschaft. BOURDIEU (1983) spricht davon, dass in den Raum eine geschlechterspezifische Hierarchisierung eingeschrieben ist, wonach Frauen aufgrund ihrer benachteiligten gesellschaftlichen Position und der damit verbundenen eingeschränkten Verfügung über diverse Kapitalien weniger Möglichkeiten und Macht haben, sich an der Gestaltung und

Produktion von Raum zu beteiligen. Sowohl die materielle, als auch die symbolische Aneignung des Raumes hängen nach BOURDIEU von der Verfügung über ökonomisches, soziales, kulturelles und symbolisches Kapital ab. Auch LÖW (2001) argumentiert, dass sich aufgrund ungleicher Verteilungen von Ressourcen und Zugangschancen für verschiedene soziale Gruppen auch ungleiche Möglichkeiten ergeben, an der Schaffung, Gestaltung und Veränderung von Räumen mitzuwirken. Die Frage des Zugangs von Frauen zu Ressourcen und ihre Beteiligung an politischen Prozessen und Entscheidungen war eine zentrale handlungsleitende Forschungsfrage der Studie *Frauen und Politik am Land* (OEDL-WIESER, 2006).

1.2 Auswirkungen der Geschlechterordnung in der Landwirtschaft auf die Repräsentation von Frauen

Die Aufenthaltsqualität von Frauen und Männern in ländlichen Regionen wird in starkem Maße durch Entscheidungen auf kommunaler und regionaler Ebene beeinflusst. Frauen wirken in diesen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen bislang zu wenig mit. Ihre geringe Beteiligung liegt einerseits im historischen Ausschluss der Frauen aus der institutionellen Politik begründet, der bis in die heutige Zeit nachwirkt und ist andererseits auch durch die Geschlechterordnung in der Landwirtschaft bedingt. Geschlechtliche Ordnungsstrukturen manifestieren sich hier sowohl in staatlichen Institutionen (Gesetzgebung, Verwaltung) und Interessenorganisationen (Landwirtschaftskammern, Sektorsolidarität), als auch in der sozialen Institution des bäuerlichen Familienbetriebes (OEDL-WIESER, 2006, 47 ff.). Der Staat, der nicht geschlechterneutral sondern überwiegend patriarchal strukturiert ist und dementsprechend handelt, spielt eine wichtige Rolle im Ermöglichen oder Verhindern von verstärkter Partizipation von Frauen im agrarpolitischen Bereich. Indem er bestehende Strukturen und Praktiken unterstützt, die Frauen in ihren ökonomischen, rechtlichen, sozialen und persönlichen Chancen einschränken, sichert er die männliche Dominanz in diesem Bereich (ALSTON, 2000, 52). Darüber hinaus wird diese ungleichgewichtige Geschlechterordnung durch die agrarischen Medien, durch das landwirtschaftliche Ausbildungssystem und durch die Agrarstatistik manifestiert und perpetuiert. Die enge personelle

Verflechtung durchwegs männlicher Akteure in diesen Bereichen und die sichtliche Abgeschlossenheit dieses Systems für Frauen lassen auf die Zuschreibung einer „hegemonialen Männlichkeit“ im Agrarbereich schließen (CONNELL, 2006).

1.3 Verpflichtung zum Gender Mainstreaming und die Umsetzung im agrarischen Sektor

Die Europäische Kommission erklärte 1996 Gender Mainstreaming, d.h. die Einbindung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern in sämtliche politische Konzepte, Programme und Maßnahmen, zum verbindlichen Prinzip ihrer Tätigkeiten. Mit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages am 1. Mai 1999 sind die Mitgliedsstaaten verpflichtet, nach Artikel 2 und Artikel 3 Absatz 2 des EG-Vertrages, eine aktive und integrierte Gleichstellungspolitik im Sinne des Gender Mainstreaming zu betreiben, und zwar in allen Gemeinschaftspolitiken.

Als Mitgliedsstaat der Europäischen Union hat sich Österreich in seiner nationalen Politik ebenfalls dem Prinzip des Gender Mainstreaming verpflichtet. In den letzten Jahren wurde in vielen Fachbereichen der Bundesverwaltung und in der Mehrzahl der Bundesländer die Strategie des Gender Mainstreaming als Leitziel für die Verwaltungen gesetzlich verankert und mit der Umsetzung begonnen. In manchen Politikfeldern und Verwaltungsbereichen hat Gender Mainstreaming bereits eine „gewisse Macht des Faktischen“ erreicht, nicht jedoch in der Agrarpolitik und in der ländlichen Entwicklungspolitik, die noch immer als geschlechterneutrale Politikfelder betrachtet werden.

2. Geschlecht und Politik – eine hegemoniale „His“tory

Obwohl Frauen 51 % der österreichischen Bevölkerung darstellen, sind sie in der institutionellen Politik noch immer deutlich unterrepräsentiert. Die Nachhaltigkeit des Frauenausschlusses in politischen Institutionen und in der Verwaltung ist im räumlichen Mehrebenensystem in Österreich sehr deutlich sichtbar. Während auf nationaler Ebene und Länderebene die Zahl der weiblichen Abgeordneten die kritische Masse 30 % erreicht hat, ist vor allem auf regionaler und lokaler Ebene die „Männerdominanz“ allgegenwärtig (OEDL-WIESER, 2006, 53 ff.).

2.1 Frauen – Staatsbürgerinnen zweiter Klasse

Wenngleich das Frauenwahlrecht in Österreich 1918 eingeführt wurde, konnten Frauen das Recht auf politische Repräsentation bis jetzt noch nicht im selben Maße umsetzen wie Männer. Die Gründe dafür liegen einerseits in der männlichen Konzeption der Staatsbürgerschaft und andererseits im gesellschaftlichen Geschlechtervertrag sowie im männlich kodierten Staatssystem begründet. Auch die langjährige korporative Politik hat(te) in Österreich nachhaltigen Einfluss hinsichtlich der Präsenz und der Partizipation von Frauen im politischen Prozess (PELINKA und ROSENBERGER, 2003, 68 ff.). In aller Regel lassen sich die historischen Entwürfe von idealer StaatsbürgerInnenschaft als die eines männlichen Bürgers lesen, egal, ob nun Eigentum und damit finanzielle Unabhängigkeit, Bildung oder die Fähigkeit zu Rationalität und Vernunft Kriterien für die demokratische Teilhabe an politischen Entscheidungen gewesen sind. Frauen hingegen wurden von der klassischen politischen Theorie als unzureichende, (noch) nicht reife Mitglieder des politischen Gemeinwesens konstruiert. In ihren Analysen zeigte PATEMAN (1988), dass der liberale Gesellschaftsvertrag zur Reproduktion des (männlichen) Staatsbürgers ein weiteres Vertragsverhältnis benötigt, das Frauen zu Privatpersonen erklärt. Der in der Privatsphäre gelebte Geschlechtervertrag ist sozusagen das Fundament, auf dem scheinbar neutrale, de facto aber männliche bürgerliche Freiheiten aufbauen.

2.2 Frauen – unkonventionelle politische Akteurinnen

In Österreich zeigen Frauen, im Gegensatz zu Männern, ein zumindest teilweise unterschiedliches politisches Partizipationsverhalten (HALLER, 2001). Die Marginalisierung von Frauen im politischen Mehrebenensystem führte teilweise auch zu einer bewussten Ablehnung gegenüber historisch männlich geprägten und aktuell männlich dominierten Politikformen. Von Frauen werden basisnahe, nicht parteigebundene politische Beteiligungsformen zurzeit quantitativ und thematisch-qualitativ eindeutig bevorzugt. Die unmittelbare Zugänglichkeit bei direkt-demokratischen Beteiligungsformen ist systematisch höher, die Barrieren für nicht professionell politisch Arbeitende sind deutlich niedriger als bei konventionellen Politikformen und das Zeitbudget ist geringer. Direkte

Demokratie kann auch als Politisierungsarena gegen tradierte Rollenmuster angesehen werden, die politische Bildung und Aufklärung in hohem Maße begünstigt und sie ermöglicht die unmittelbare Politisierung neuer Themen und Problemlagen, unter anderem auch aus dem privaten Bereich.

3. Politische Partizipation von Frauen in Österreich

Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts wurde durch Demokratisierungs- und Modernisierungsprozesse die Gleichheit der Geschlechter zum politischen Anliegen. Wie die Geschichte der politischen Repräsentation von Frauen zeigt, waren es immer sie, die später „dazugekommen“ sind. Sie mussten sich den vorhandenen Strukturen in der Politik anpassen und sind bis heute deutlich unterrepräsentiert. Neben der formellen Zugehörigkeit umfasst die öffentliche Seite der StaatsbürgerInnenschaft vor allem das Recht auf aktive Politikgestaltung.

Die Agrarpolitik und die ländliche Entwicklungspolitik bestimmen in großem Ausmaß die Entwicklung im ländlichen Raum. Ein Hauptanliegen der Studie *Frauen und Politik am Land* (OEDL-WIESER, 2006) war es, die Position der Frauen im Einfluss- und Gestaltungsbereich dieser beiden Politikfelder zu analysieren und die Gründe für die offensichtlich geringere Teilhabe der Frauen im Vergleich zu den Männern zu ergründen. Dies erfolgte durch eine *quantitative Analyse* des Geschlechterverhältnisses und der Partizipation von Frauen in entscheidungsrelevanten Gremien in der Gesetzgebung, in der Bundes- und Länderverwaltung, in der bäuerlichen Interessenvertretung und in ausgesuchten ländlichen Initiativen.

3.1 Frauen in der Gesetzgebung

Seit 1975 steigt der Frauenanteil im Österreichischen Nationalrat kontinuierlich an und 2005 hat er die kritische Masse von 33,3 % erreicht. Der Einfluss der Zweiten Frauenbewegung, die gesellschaftspolitischen Veränderungen seit den 1970er Jahren sowie die Etablierung von neuen Parteien (Grüne, Liberale) und deren hohen Anspruch an Emanzipation und Gleichheit der BürgerInnen, haben diese Entwicklung vorangetrieben. Aber nicht nur das quantitative Geschlechterverhältnis sagt etwas über die Machtverteilung im

Parlament aus. Im Präsidium, in den Klubs und in den Ausschüssen werden zentrale Entscheidungen oft „im kleinen Kreis“ getroffen. Alle Klubobleute der Parlamentsfraktionen im Österreichischen Nationalrat sind derzeit männlich und nach fast 90-jährigem Bestehen der 2. Republik wurde 2006 erstmals eine Frau zur 1. Präsidentin des Österreichischen Nationalrates gewählt. Im Österreichischen Nationalrat gibt es 36 Ausschüsse, davon werden 67 % von Männern und 33 % von Frauen geleitet. Im Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft, bestehend aus 26 Mitgliedern, sind 81 % Männer und 19 % Frauen vertreten. Die vom Bauernbund nominierten beiden weiblichen Nationalratsabgeordneten – unter insgesamt 21 – sind im Landwirtschaftsausschuss lediglich als Ersatzmitglieder vertreten. In Hinblick auf die Vertretung der Anliegen des Agrarbereichs der einzelnen Parteien nach außen zeigt sich, dass auch alle Agrarsprecher im Parlament männlich sind (OEDL-WIESER, 2006, 63 ff.).

Die Entwicklung der Frauenanteile unter den Landtagsabgeordneten zeigt einen langsamen, aber kontinuierlichen Anstieg. Oberösterreich und Wien bewegen sich bereits auf einen 40 %igen Frauenanteil zu, hingegen liegt dieser im Burgenland, in Kärnten und in Niederösterreich noch immer unter 20 %. Die Landtagspräsidenten sind zu 90 % männlich, ebenso die Klubobleute. In den meisten Bundesländern sind nur wenige Frauen Mitglieder in den Ausschüssen für Land- und Forstwirtschaft, mit Ausnahme von Salzburg (45 % Frauen).

Wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben, ist auf nationaler Ebene zum Teil bereits die „kritische Masse“ erreicht, mit der Frauen Veränderungen im gesellschaftlichen und politischen Leben stärker mitbestimmen können. Wie in Tabelle 1 angeführt wird, ist allerdings die männliche Dominanz auf regionaler und lokaler Ebene ungebrochen, denn in den 2.358 österreichischen Gemeinden gibt es nur 74 Bürgermeisterinnen, das entspricht einem Anteil von 3,1 %.

Tab. 1: Repräsentation von Frauen in politischen Gremien in Österreich 2005

Politisches Gremium	Gesamt	Mandate absolut		Mandate in %	
	Gesamt	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Europäisches Parlament	18	11	7	61	39
Nationalrat	183	122	61	67	33
Bundesrat	62	45	17	73	27
Landtage	448	317	131	71	29
Bürgermeisteramt	2.359	2.285	74	97	3

Quelle: OEDL-WIESER, 2006, 63 ff.

3.2 Frauen in der Verwaltung

Im *BMFLUW*¹, verantwortliches Ressort für Agrarpolitik und ländliche Entwicklungspolitik, sind alle obersten Verwaltungsstellen mit Männern besetzt und von den 62 Abteilungen werden 43 von Männern (69 %) und lediglich 19 von Frauen (31 %) geleitet. Die nachgeordneten Dienststellen des BMLFUW werden zu 85 % von Männern geleitet (OEDL-WIESER, 2006, 92 f.). In der §7-Kommission sind unter den acht nominierten Mitgliedern drei Frauen vertreten (SPÖ, AK, BWK). Unter den neun in den Bundesländern für Agrarpolitik und die ländliche Entwicklung verantwortlichen Regierungsmitgliedern befindet sich lediglich eine Frau (Wien). Es zeigt sich weiters, dass es in den 15 Agrarbezirksbehörden in Österreich nur eine weibliche Leiterin gibt.

3.3 Frauen in der Interessenvertretung

Die gesetzliche Berufsvertretung auf land- und forstwirtschaftlichem Gebiet obliegt in Österreich den Landwirtschaftskammern. Von den österreichweit 267 Delegierten in den Vollversammlungen der *Landwirtschaftskammern* sind lediglich 14,6 % Frauen, noch geringer ist mit 9 % ihre Vertretung in den Hauptausschüssen. Den höchsten Anteil an weiblichen KammerrätInnen hat Oberösterreich mit über einem Viertel (25,7 %). Weit abgeschlagen liegen Niederösterreich, Tirol und Wien mit einem Anteil von lediglich 8 %. Die Leitungsfunktionen der Landwirtschaftskammern sind größtenteils mit Männern besetzt,

¹ Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

ebenso jene der zahlreichen Fachorganisationen und der Bioverbände. So gibt es nur männliche Präsidenten (3 weibliche Vizepräsidentinnen), nur männliche Kammeramtsdirektoren und die Referatsleitungen liegen zu 83 % in männlicher Hand. Abteilungen, die von Frauen geleitet werden, sind vorwiegend mit den Bereichen Erwerbskombination, Diversifizierung, Bäuerinnen, Bildung und Beratung befasst. Alle produktionstechnischen Abteilungen werden von Männern geleitet. Lediglich in zwei von 80 österreichischen Bezirksbauernkammern gibt es eine weibliche Leiterin (OEDL-WIESER, 2006, 99 ff.).

Beim *Österreichischen Raiffeisenverband* ist bis jetzt keine Frau in die oberste Führungsebene vorgezogen. Die Generalanwaltschaft zählt 13 Mitglieder, die alle männlich sind. Auch im Vorstand des Österreichischen Raiffeisenverbandes befindet sich unter den 33 Mitgliedern keine Frau. In der *Sozialversicherungsanstalt der Bauern* befinden sich 12 Männer und zwei Frauen im Vorstand. In den Regionalbüros sind sieben der insgesamt acht Vorsitzenden Männer.

3.4 Frauen in ländlichen Initiativen

Die Beteiligung von Frauen in den Entscheidungsgremien der LEADER+- und der LA21-Initiativen, welche für die ländliche Entwicklung sehr relevant sind, ist bis jetzt als sehr gering einzustufen. Sowohl in den LEADER+- als auch in den LA21-Entscheidungsgremien dominieren nach wie vor meist die männlichen Bürgermeister der ländlichen Gemeinden. In Hinblick auf die Geschäftsführung zeigt sich jedoch bei LEADER+, dass es bereits zu 33 % weibliche Geschäftsführerinnen gibt (OEDL-WIESER, 2006, 108 f.).

4. Frauen als politische Akteurinnen am Land

Eine zentrale Erkenntnis der quantitativen Analyse war, dass Frauen trotz ihrer wichtigen Beiträge für die landwirtschaftlichen Familienbetriebe und für die Funktionsfähigkeit ländlicher Regionen in den (agrar-)politischen Entscheidungsgremien bis heute drastisch unterrepräsentiert sind. Über diese Erhebung hinaus wurde daher eine

schriftliche Befragung² von politisch engagierten Frauen im ländlichen Raum durchgeführt, um deren Meinung zur deutlichen Unterrepräsentanz der Frauen auf lokaler Ebene zu erfassen. Es wurden geschlossene (Ratingskalen) und offene Fragen an politische Mandatarinnen, Bäuerinnenvertreterinnen und Frauen in ländlichen Initiativen, gerichtet. Sie wurden über ihren politischen Werdegang sowie über fördernde und hemmende Faktoren einer erhöhten Beteiligung von Frauen in politischen Institutionen und Entscheidungsgremien der Agrar- und ländlichen Entwicklungspolitik befragt.

Als häufigstes *Motiv für das politische Engagement* wird von den Befragten „weil ich aktiv mitgestalten will“ genannt. Hinsichtlich des politischen Engagements in den Familien der Befragten zeigt sich, dass vorwiegend Männer politisch aktiv sind und es hier nicht sehr viele politisch aktive weibliche Vorbilder gibt. Für nahezu 50 % der befragten Frauen ist die ländliche Entwicklungspolitik ein sehr wichtiger Politikbereich in ihrer politischen Tätigkeit und 40 % stufen die (EU-) Agrarpolitik bzw. ca. 30 % die Frauenpolitik und Familienpolitik als sehr wichtig ein. Viele der Befragten absolvierten Kurse im Bereich „Rhetoriktraining“ (20 %), „Persönlichkeitsbildung“ (20 %) oder „Umgang mit Medien“. Hinsichtlich der *Bedeutung von Eigenschaften und Fähigkeiten für ein erfolgreiches politisches Arbeiten* werden von den Befragten die „Kommunikationsfähigkeit“, die „fachliche Kompetenz“ sowie die „Teamfähigkeit“ am höchsten bewertet. Politisch tätig zu sein bedeutet für viele der befragten Frauen, Gestaltungsmöglichkeiten zu haben. Von vielen sind die Arbeit und die Begegnung mit Menschen sowie die Erfüllung, die Wertschätzung und die Anerkennung durch die politische Arbeit als wesentliche Aspekte ihrer politischen Tätigkeit genannt worden. Aber auch die Weiterentwicklung der eigenen Persönlichkeit, die Verwirklichung eigener Vorstellungen und der Zugang zu Wissen und zu Informationen werden von vielen geschätzt. Die negativen Seiten einer politischen Betätigung werden im Stress, im Druck, in der Hektik

² Von den insgesamt 598 Fragebögen konnten 42,5 % in die Bewertung aufgenommen werden.

und in der Belastung durch die Vereinbarung von Politik, Familie und Beruf gesehen.

Als Gründe für die geringe Beteiligung der Frauen in der institutionalisierten Politik bewerten die Befragten vor allem das „Familiäre Engagement von Frauen“, den „Zeitmangel“ sowie die „Männerdominanz in der Politik“ als die ausschlaggebendsten. Eine Erhöhung der politischen Beteiligung von Frauen kann ihrer Meinung nach nur durch die „bewusste Förderung von Frauen in politischen Parteien und Interessensorganisationen“, durch die politische Bildung für die Jugend sowie durch eine gerechtere Verteilung der Versorgungsarbeit erreicht werden. Hinsichtlich des politischen Arbeitsstils von Frauen äußern sich viele Befragte, dass dieser im Vergleich zu den Männern effizienter, logischer, flexibler, konsensbereiter und toleranter sei.

5. Geschlechterdemokratische Strategien für den Agrarbereich

Die Ergebnisse der beiden Erhebungen im Rahmen der Studie *Frauen und Politik am Land* (OEDL-WIESER, 2006) führen sehr deutlich vor Augen, dass der Agrarbereich ein Ort „hegemonialer Männlichkeit“ ist. Die Strukturen in Politik, Verwaltung und Interessenorganisation sind sehr männerzentriert, was zur Folge hat, dass der Diskurs über agrarische Politik, landwirtschaftliche Produktion und ländliche Entwicklungspolitik durchwegs aus männlicher Sicht konstruiert und bestimmt wird. Strategien, die zu einer geschlechterdemokratischen Öffnung des Agrarsektors führen, werden von den befragten politischen Akteurinnen vor allem in einem Aufbrechen der Männerdominanz in der Politik, einer pro-aktiven Förderung von Frauen in den politischen Gremien und in einer gerechteren Verteilung der Versorgungsarbeit gesehen. Diese Forderungen finden sich im Ansatz der Geschlechterdemokratie wieder. *Geschlechterdemokratie* bedeutet ähnlich wie Gleichstellung, dass Interessen von Frauen und Männern gleich berücksichtigt und bewertet werden. Mit „*Demokratie*“ wird ausgedrückt, dass es um einen nach demokratischen Regeln gestalteten Aushandlungsprozess zwischen den *Geschlechtern* geht, wo die Vorstellung von Gleichstellung gemeinsam und kontrovers entwickelt und verwirklicht wird. Geschlechterdemokratie bedeutet die Ablösung „hegemonialer Männlichkeit“ als dominantes

Strukturierungsmuster in allen gesellschaftlichen Bereichen (DÖGE, 2003, 93).

Um im ländlichen Raum mehr Geschlechterdemokratie zu erreichen, ist es daher notwendig, dass die AkteurInnen bereit sind, über die Geschlechterspezifik ihres eigenen (politischen) Handelns zu reflektieren. Das BMLFUW, als höchste Verwaltungsinstanz im agrarischen Bereich und im Bereich der ländlichen Entwicklung, ist ein zentraler Akteur im Umsetzungsprozess von Gender Mainstreaming. Im Sinne von „top down“ und „trickle down“ ist die Unterstützung durch die EntscheidungsträgerInnen des BMLFUW unerlässlich. In den *landwirtschaftlichen Interessenvertretungen* sollte im Sinne von Managing Diversity – also der Nutzung vielfältiger Potenziale – organisationsintern das Geschlechterverhältnis in den leitenden Positionen reflektiert werden. Weiters sollten die Beratungskräfte in Hinblick auf Gender Kompetenz geschult werden. Auf den Bauernhöfen bedarf es des Überdenkens der bestehenden Geschlechterrollenbilder. Die interne Dynamik auf den Betrieben ist durch zum Großteil geschlechterspezifisch geprägte Arbeitsteilung, Entscheidungsfindung, Bewertung der Arbeitsleistung und Kontrolle über die Ressourcen gekennzeichnet. Hier sollen egalitäre Verhältnisse angestrebt werden und Frauen von ihren Ehe-/Partnern unterstützt werden, wenn sie sich öffentlich engagieren wollen. Um einen geschlechterdemokratischen Sensibilisierungs- und Öffnungsprozess in der Agrarpolitik und der ländlichen Entwicklungspolitik einzuleiten, bedarf es der Selbstevaluierung der Institutionen, der Erarbeitung von Gender Kompetenz und einer massiven Änderung der politischen Kultur. Nur so kann es zur Öffnung der Strukturen und des politischen Diskurses für Frauen im Agrarbereich kommen.

Literatur

- ALSTON, M. (2000): *Breaking Through the Grass Ceiling. Women, Power and Leadership in Agricultural Organisations*. Amsterdam: harwood academic publishers.
- BOURDIEU, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: R. Kreckel (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2*, S. 183-198.
- CONNELL, R.W. (2006): *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*. 2nd ed. Opladen: Leske+Budrich.

- DÖGE, P. (2003): Geschlechterdemokratie als Kritik hegemonialer Männlichkeit. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Geschlechterdemokratie wagen. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag, S. 90-100.
- HALLER, B. (2001): Unkonventionelle politische Akteurinnen? Zum politischen Partizipationsverhalten von Frauen. In: MARKOVITS, A. S. und ROSENBERGER, S. (Hg.): Demokratie. Modus und Telos. Beiträge für Anton Pelinka. Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag, S. 159-172.
- LÖW, M. (2001): Raumsoziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- OEDL-WIESER, T. (2006): Frauen und Politik am Land. Wien: Forschungsbericht Nr. 56 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen.
- PATEMAN, C. (1988): The Sexual Contract. Stanford: Stanford University Press.
- PELINKA, A., und ROSENBERGER, S. (2003): Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends. 2. aktualisierte Auflage. Wien: WUV

Anschrift der Verfasserin

*Dr. Theresia Oedl-Wieser
Bundesanstalt für Bergbauernfragen
1030 Wien, Marxergasse 2/Mezz.
Tel.: +43 1 504 88 69 - 18
eMail: theresia.oedl-wieser@berggebiete.at*